



Krings-Brief vom 2. März 2018

Sehr geehrte Damen und Herren,

für uns als CDU-Landesgruppe - und auch für mich als ihr Vorsitzender - ist es ein großer Erfolg, dass wir künftig nicht mehr einen, sondern zwei Bundesminister im Kabinett stellen. Ich freue mich, dass Jens Spahn das Bundesministerium für Gesundheit und Anja Karliczek das Bundesministerium für Bildung und Forschung übernehmen werden. Die gesamte Landesgruppe Nordrhein-Westfalen hat den beiden bereits am Montag auf dem CDU-Parteitag stets eine glückliche Hand gewünscht und starke Unterstützung bei der Amtsführung zugesichert.

Trotzdem habe ich ein lachendes und ein weinendes Auge, weil Hermann Gröhe vier Jahre lang ein guter und erfolgreicher Generalsekretär war und zuletzt ein hervorragender Bundesminister, der sich in seiner Amtszeit große Verdienste in der Gesundheitspolitik erworben hat. Sein Engagement für die Menschen, die gepflegt werden und die, die in der Pflege arbeiten, wird uns allen im guten Gedächtnis bleiben. Seine Reformen in diesem Bereich werden die Situation im Pflegebereich nachhaltig verbessern. Die Landesgruppe und der Bundesparteitag haben Herrmann Gröhe vergangenen Montag für sein Engagement hohen Respekt gezollt.

Insgesamt sehe ich die Kabinettsliste, wie sie von Angela Merkel präsentiert wurde, als ein Signal des Aufbruchs. Die neue Ministerriege steht für Gestaltungswillen und auch das Potential dazu. Ein weiteres starkes Signal ist die Wahl von Annegret Kramp-Karrenbauer zur Generalsekretärin der CDU. Dafür hat sie ihr Amt als Ministerpräsidentin aufgegeben. Hut ab für diesen Schritt von Annegret Kramp-Karrenbauer und Zustimmung für die kluge Entscheidung von Angela Merkel.

Das zeigt, dass wir als CDU den Auftrag für die nächsten Jahre verstanden haben: Solide und stabile Regierungsarbeit mit einer starken und lebendigen Volkspartei CDU. Wir alle sind nun gefragt, an der Erneuerung und der programmatischen Neuaufstellung der Partei mitzuwirken. Die CDU ist immer dann stark,

wenn wir uns auf alle unsere Wurzeln besinnen, die liberalen, die sozialen und auch die konservativen Säulen, auf denen unser Grundsatzprogramm fußt. Dazu gehört auch eine starke Debatten- und Diskussionskultur, die auf der Grundlage von Respekt und würdevollem Umgang einen konstruktiven Austausch ermöglicht. Damit können wir auch den Unkenrufen, die Große Koalition sei zum Scheitern verurteilt, mit guter Politik entgegenstehen.

Koalitionsvertrag

Mich interessiert in diesen Tagen deshalb auch weniger der Mitgliederentscheid der SPD, der diese Partei ganz offensichtlich auch nicht aus dem Umfrage-Keller herausholen kann. Wir konnten den 1.001 Delegierten am Montag gute Verhandlungsergebnisse etwa in der Innen-, Migrations- und Rechtspolitik präsentieren. Dementsprechend haben die Delegierten auch mit überwältigender Mehrheit den Koalitionsvertrag und auch den Regierungsauftrag angenommen. Dass auch kritische Punkte bis hin zur Ressortverteilung in dem Koalitionsvertrag stehen, gehört aber auch zur Wahrheit. Und genau darüber haben wir auch vor zwei Wochen bei unserer Versammlung, zu der alle Mönchengladbacher CDU-Mitglieder eingeladen waren, ausführlich diskutiert.

Gerade weil wir auch weiterhin kein bloßer Wahlverein, sondern eine Volkspartei mit Grundsätzen und Überzeugungen sein wollen, tun wir gut daran, die erkämpften inhaltlichen Punkte nicht gering zu schätzen. Die Union konnte in dem Vertrag viel durchsetzen und somit zentrale Versprechen aus unserem Wahlprogramm halten. Wir sorgen so dafür, dass Deutschland auch künftig gut dasteht. So werden wir Bürger und vor allem Familien entlasten. Dazu werden wir den Soli schrittweise abschmelzen und das Kindergeld sowie den Kinderzuschlag erhöhen. Wir konnten gegenüber der SPD durchsetzen, dass es keine Steuererhöhungen geben wird und dass die Sozialabgaben für Arbeitnehmer unter 40 Prozent gehalten werden.

Ein Herzstück des Koalitionsvertrages ist für mich der „Pakt für den Rechtsstaat“. Für diesen Pakt werden die Sicherheitsbehörden personell und technisch weiter gestärkt. Außerdem werden wir 15.000 neue Stellen für die Sicherheitsbehörden in Bund und Ländern schaffen. Darüber hinaus schaffen wir mehrere Tausend Stellen für die Justiz und ein vereinfachtes Verfahrensrecht, damit Gerichtsverfahren schneller werden und der Rechtsstaat Vertrauen zurückgewinnt.

Untersuchungsausschuss eingesetzt

Dass die Regierungsarbeit in Berlin nun endlich an Fahrt gewinnt, merkt man auch daran, dass gestern einstimmig der erste Untersuchungsausschuss der aktuellen Wahlperiode eingesetzt wurde. Wir wollen herausfinden, ob hinter dem Terroranschlag 2016 auf dem Weihnachtsmarkt am Berliner Breitscheidplatz ein Systemfehler steckt oder nur eine Serie von Fehlern einzelner Behördenvertreter. Anlässlich fortdauernder neuer Informationen über die Umstände des Anschlags wollen wir besser aufklären, wie es trotz Warnungen, trotz zahlreicher Hinweise und trotz der Polizeibekanntheit des Täters zu dem Anschlag kommen konnte. Das Ziel des Untersuchungsausschusses ist, aus den Erkenntnissen weitere Schlüsse insbesondere für unsere Sicherheitsarchitektur und das Asyl- und Aufenthaltsrecht samt seinem Vollzug zu ziehen. Darüber hinaus erwarten wir Empfehlungen für die Unterstützung von Hinterbliebenen und Opfern solcher Anschläge.

Die Sicherheit unserer Bürgerinnen und Bürger hat für uns höchste Priorität. Wir müssen kriminelle und terroristische Taten in unserem Land mit allen Mitteln verhindern. Hierfür muss die Handlungsfähigkeit unseres Staates fortwährend an aktuelle Anforderungen angepasst werden. Im Koalitionsvertrag haben wir vereinbart, dass die Sicherheitsbehörden gleichwertige Befugnisse im Internet wie außerhalb des Internets brauchen. Denn die Kommunikation von Kriminellen und Terroristen erfolgt kaum mehr über das klassische Telefon. Dementsprechend müssen die Befugnisse der Ermittler damit einhergehen. Mit der Möglichkeit, Doppelstaatlern die deutsche Staatsangehörigkeit zu entziehen, wenn sie für eine Terrormiliz im Ausland gekämpft haben, haben wir eine weitere Unionsforderung im Koalitionsvertrag durchgesetzt. Deutschland wird damit wehrhafter und stärker, um Kriminalität und Terror zu bekämpfen.

Fahrverbote für Diesel-Fahrzeuge

Am vergangenen Dienstag hat das Bundesverwaltungsgericht beschieden, dass es Kommunen von nun an erlaubt ist, zur Einhaltung der Grenzwerte von Feinstaub und Stickoxiden Fahrverbote zu verhängen. In Reaktion darauf haben bereits erste Städte Maßnahmen ergriffen. So sollen beispielsweise in Hamburg bereits ab April auf einzelnen Abschnitten Fahrverbote eingeführt werden. Ein solches Vorgehen halten wir von der CDU für übereilt und falsch. Das Urteil hat uns in der Auffassung bestärkt, dass Dieselfahrverbote nur als allerletzte Möglichkeit in Betracht kommen. Ich werde jedenfalls alles daran setzen, dass es keine Fahrverbote in Mönchengladbach und unserer Heimatregion geben wird! Denn Fahrverbote würden massive Einschränkungen für die Autofahrer nach sich ziehen und die Verantwortung für das Problem der

Luftqualität einfach auf die Halter der 15 Millionen Dieselfahrzeuge in Deutschland umwälzen. Dies wäre zutiefst ungerecht, da es viele alternative Möglichkeiten gibt, Grenzwertüberschreitungen zu verhindern.

In Nordrhein-Westfalen sind derzeit 33 Luftreinhaltepläne in Kraft. In Düsseldorf ist es damit beispielsweise gelungen, die Feinstaubgrenzwerte seit 2012 einzuhalten und ähnliche Erfolge wurden auch an anderen Stellen im Land erzielt. Darüber hinaus wollen wir unter anderem die Modernisierung von Bussen und Verkehrs-, Parkraum- und Mobilitätsmanagement vorantreiben, die Attraktivität des ÖPNV erhöhen und Radwege ausbauen sowie Elektromobilität fördern. Damit sehe ich uns auf einem guten Weg, dem Problem auch ohne Fahrverbote beizukommen.

Herzliche Grüße

Ihr Günter Krings



Sagen Sie mir Ihre Meinung.
Besuchen Sie mich auf facebook.

(hier klicken!)